

Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten im Vergabeverfahren

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten ist dem Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) e.V. ein besonderes Anliegen.

Gemäß der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind personenbezogene Daten alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt – insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung – identifiziert werden kann.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) e.V.
Mauerstraße 76
D-10117 Berlin
Telefon: +49 (0)30 200754-0
E-Mail: einkauf@dezim-institut.de

Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen:

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung
„Datenschutzbeauftragte/r“ D-10117 Berlin
E-Mail: trittermann@dezim-institut.de

Die von Ihnen im Rahmen des Vergabeverfahrens und der Angebotsabgabe übermittelten personenbezogenen Daten werden ausschließlich in Zusammenhang mit diesem Verfahren und in Vorbereitung eines evtl. Vertragsverhältnisses im erforderlichen Umfang verarbeitet. Im Falle einer Beauftragung, werden die erforderlichen personenbezogenen Daten wie Name, Adresse, Bankverbindung etc. von Ihnen und oder Ihren Unterauftragnehmer*innen oder dem*den Mitgliedern der Bietergemeinschaft zur Erfüllung des Vertragsverhältnisses verarbeitet.

Der Verantwortliche ist nach § 19 Abs. 4 Mindestlohngesetz, § 21 Abs. 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz und § 21 Abs. 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz verpflichtet, bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung anzufordern. Hierzu werden Ihre personenbezogenen Daten (Name und Adresse) an die dafür verantwortliche Stelle übermittelt (Bundesamt für Justiz).

Europaweites Vergabeverfahren

Vor dem Vertragsschluss werden Bieter*innen, die nicht berücksichtigt werden sollen, in europaweiten Vergabeverfahren gemäß § 134 Abs. 1 GWB über den Namen des*der Bieter*innen, dessen Angebot angenommen werden soll, informiert. Nach dem Vertragsschluss werden die nicht berücksichtigten Bewerber*innen und Bieter*innen gemäß § 62 Abs. 2 VgV zusätzlich auf Verlangen des*der Bewerbers*in oder Bieter*innen über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots informiert.

Nationales Vergabeverfahren

Nach dem Abschluss eines nationalen Vergabeverfahrens werden die nichtberücksichtigten Bewerber*innen und Bieter*innen gemäß § 46 UVgO auf Verlangen des*der Bewerber*in oder Bieter*in über den Namen des*der den Zuschlag erhaltenen Bieter*in und die Merkmale und Vorteile dessen*deren Angebots informiert.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist die Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, soweit personenbezogene Daten hierzu erforderlich sind (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b DSGVO i.V.m. §§ 7, 55 BHO und den vergaberechtlichen Vorschriften im Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Vergabeverordnung (VgV) bzw. der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) im erforderlichen Umfang verarbeitet. (Artikel 13 Abs. 1 e)

Speicherdauer

Die in den übermittelten Unterlagen oder in den im Zusammenhang mit dem Verfahren gestellten Anfragen enthaltenen personenbezogenen Daten werden im Rahmen der ordnungsgemäßen Geschäftsführung und zum Nachweis der ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens gemäß den für die Aufbewahrung gesetzlich vorgesehenen, insbesondere den haushälterischen Fristen, gespeichert. Soweit eine weitere Beauftragung erfolgt, verlängert sich diese Frist um die Dauer dieses Vertragsverhältnisses.

Rechte betroffener Personen

Betroffene Personen haben gegenüber dem Verantwortlichen folgende Rechte hinsichtlich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Darüber hinaus besteht ein Recht auf Beschwerde bei einer datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde.